Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
die 100-Tages-Grenze ist geknackt. Der Countdown bis zum 22. September läuft. Nun gilt es anzupacken. Entscheiden für unseren Erfolg wird die Wahlbeteiligung sein. Wenn es uns gelingt, unsere Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren und wir eine hohe Wahlbeteiligung erreichten, dann haben wir eine Chance die schwarz-gelbe Regierung durch einen echten rot-grünen Regierungswechsel abzulösen. Auf meiner Facebook-Fan-Seite habe ich von daher eine 100 Tages-Foto-Kampagne gestartet, wo jeden Tag sich Menschen mit einer Countdown-Zahl präsentieren und auffordern zur Wahl zu gehen! Vielleicht habt ihr ja auch Lust mitzumachen? Dann schickt uns euer ausgefallenes Countdown-Foto an sabine.baetzing-lichtenthaeler @bundestag.de. Wahlkampf macht also auch richtig Spaß und mit Begeisterung werden wir es schaffen! Nun geht's am Montag in die letzte Sitzungswoche und dann geht's rund!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler @bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk.bundestag.de

Topthema

Syrien – Die Hoffnung auf eine Lösung bleibt bestehen!

Die Bilder aus Syrien erschrecken uns jeden Tag aufs Neue. Der Konflikt schien bisher weder mit Waffen noch mit Worten gelöst werden zu können. Zu tief sind die Gräben zwischen den Kriegsparteien. Die Leidtragenden sind wie immer in Kriegen die Männer, Frauen und Kinder, die all ihr Hab und Gut und viele inzwischen sogar ihr Leben verloren haben. Noch ist die Tür zu einer politischen Lösung des Syrienkonflikts nicht vollständig zu. Das zeigt die in letzter Minute erzielte Verständigung zwischen den sieben führenden westlichen Industrienationen und Russland auf die Bildung einer syrischen Übergangsregierung. Damit ist die Gefahr einer weiteren Eskalation zwar noch längst nicht gebannt.

Doch die Chancen, dass mit der geplanten zweiten Genfer Konferenz der Weg für eine politische Lösung geebnet wird, sind gestiegen. Möglicherweise kann dabei auch der Wahlsieg von Hassan Rohani im Iran einen positiven Effekt erzielen. Denn eine politische Lösung des Syrienkonflikts ohne Einbeziehung des Irans ist kaum vorstellbar. Bislang war an eine direkte Beteiligung des Iran an einer internationalen Syrienkonferenz nicht zu denken. Doch der Wahlsieg Rohanis öffnet nicht nur für die Nukleargespräche, sondern auch für die Überwindung des Syrienkonflikts neue Perspektiven.

Dass es im nordirischen Enniskillen gelungen ist, sich gemeinsam mit Russland auf eine gemeinsame Resolution zu verständigen, ist uneingeschränkt zu begrüßen. Dennoch muss vor übertriebenen Erwartungen an die geplante Genfer Konferenz gewarnt werden.

Es kommt jetzt vor allem darauf an, die syrische Opposition von unrealistischen Vorbedingungen für eine Teilnahme an der Konferenz abzubringen. Wer die Gespräche im Vorfeld mit überzogenen Forderungen belastet, trägt am Ende auch die Verantwortung für ein Scheitern.

Die Bundesregierung sollte daher alles in ihrer Macht Stehende tun, um ihren Einfluss auf die syrische Opposition in diesem Sinne geltend zu machen.

Familie

Parlament jahrelang an der Nase herumgeführt

Viel zu spät, erst am Ende der Wahlperiode, will die Bundesregierung die Ergebnisse der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen vorlegen. Vier Jahre lang hat es die zuständige Bundesfamilienministerin Schröder versäumt, das Parlament über die 30 Millionen Euro teure Evaluation und die eigene Bewertung der Ergebnisse zu informieren.

Die Ministerin blieb ein transparentes Verfahren zur Veröffentlichung der Einzelstudien ebenso schuldig wie eine fachpolitische Diskussion über die Ergebnisse. Vier Jahre lang scheute die Ministerin eine Debatte über den richtigen Kurs in der Familienpolitik. Vier Jahre lang wurde das Parlament an der Nase herumgeführt.

Beispielsweise ist nicht nachvollziehbar, warum das Bundesfamilienministerium die bereits 2011 fertig gestellte Studie „Kinderbetreuung" erst im April 2013 veröffentlicht hat.

Diese Studie bescheinigt Kinderbetreuung positive Effekte auf die Erwerbstätigkeit von Müttern und auf die Erfüllung von Kinderwünschen. Es drängt sich daher der Verdacht auf, dass die Ministerin die Studie bewusst zurückgehalten hat, um beim Thema Betreuungsgeld nicht weiter in die Defensive zu geraten.

Denn diese Studie legt den Schluss nahe, dass der Ausbau der Kinderbetreuung der richtige Weg ist, die Einführung eines Betreuungsgelds aber der falsche. Es ist völlig inakzeptabel, dass der Gesetzgeber in dieser Legislaturperiode keine Chance mehr hat, die Ergebnisse der Großstudie, die den Bund 30 Millionen Euro gekostet hat, auszuwerten und in die parlamentarische Arbeit einzubeziehen.

Hätte das Parlament die Gelegenheit dazu, würde offensichtlich werden, dass die Bundesregierung eine wirkungslose Familienpflegezeit und ein unsinniges Betreuungsgeld eingeführt hat. Es würde auch offenbar werden, dass das Festhalten an dem überholten Ehegattensplitting falsch ist.

Arbeit & Soziales

Kindergeld – Entlastung für die, die es wirklich brauchen!

Unser Neues Kindergeld ist gerecht und wirkungsvoll. Wir fördern damit gezielt diejenigen, die auf Hilfe am dringendsten angewiesen sind: erwerbstätige Eltern mit kleinen und unteren mittleren Einkommen. Die alleinerziehende Friseurin, die in Vollzeit 1.500 Euro brutto verdient, bekommt künftig mit dem Neuen Kindergeld bis zu 150 Euro mehr für ihre beiden Kinder im Monat. Daneben investieren wir Milliarden in den Ausbau guter und gebührenfreier Ganztagskitas und guter Ganztagsschulen. Das ist der Schlüssel für bessere Bildung, Integration und Gleichstellung von Frauen und Männern. Auch Armut bekämpfen wir mit dem Neuem Kindergeld und dem Ausbau der Bildungsinfrastruktur wirkungsvoll.

Denn mit unserem Instrumentenmix Neues Kindergeld, Ganztagskitas/Ganztagsschulen und flächendeckendem gesetzlichem Mindestlohn holen wir Hunderttausende von Kindern und ihren Eltern aus verdeckter Armut oder dem SGB-II-Bezug.

CDU und CSU geben mit ihrem Wahlprogramm die völlig falschen Antworten. Ihr Plan, den Kinderfreibetrag auf das Niveau des Grundfreibetrags von Erwachsenen anzuheben, kostet viel. Diejenigen, die am meisten profitieren, sind die Familien mit den Spitzeneinkommen. Investitionen in die Bildungsinfrastruktur plant die Union nicht. Da spielt sie weiter das Schwarze-Peter-Spiel und lässt die Länder mit ihren Finanzierungsproblemen im Regen stehen. Die Zeche zahlen Kinder und Eltern doppelt: Sie müssen weiter auf qualitativ hochwertige Ganztagskitas und Ganztagsschulen verzichten. Und müssen gleichzeitig für höhere Schulden aufkommen, denn seriös finanziert ist die Klientelpolitik der Union nicht. Werden die Pläne von CDU/CSU wahr, wird sich die soziale Spaltung weiter verschärfen.

Finanzen

CDU-Wahlprogramm –Versprechen ohne Finanzierung

Selbst dem Koalitionspartner der Union ist es schon aufgefallen: Das Wahlprogramm der CDU ist unsolide und nicht finanzierbar. Mit diesem Wahlprogramm beweist die CDU einmal mehr, dass sie ein ernsthaftes und seriöses Konzept für die kommende Legislaturperiode nicht für nötig hält und ihr politischer Beitrag knapp 100 Tage vor der Wahl einzig aus einer Merkel-Show besteht.

Denn milliardenschwere Versprechen zu machen, ohne einen einzigen Vorschlag zur Gegenfinanzierung ist schon dreist. Die Bürgerinnen und Bürger werden sich nicht zum Narren halten lassen. Allerdings sollte sich die FDP beim Thema solider Finanzen mit Kritik zurückhalten. Wer unter Regierungsbeteiligung trotz guter Wirtschaftslage und guter Einnahmesituation 100 Milliarden Euro neue Schulden macht, Geld herauswirft für eine Steuervergünstigung für Hoteliers und gleichzeitig Löhne staatlich subventionieren lässt, indem sich vehement gegen den Mindestlohn gestellt wird, sollte doch wohl erst mal selbst seine Hausaufgaben machen.

Wir haben ein solides und ausgewogenes Konzept für die nächste Legislaturperiode erstellt und halten dabei nicht hinterm Berg, dass zur Finanzierung unserer Zukunftsinvestitionen bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung Mehreinnahmen generiert werden müssen.

Bonbon

„Wenn wir sagen, wir kaufen jeden Liter Starkbier auf für zehn Euro, dann ist der zehn Euro wert. Sagt das irgendetwas über den Wert des Bieres?“

(Jens Weidmann, Bundesbank-Chef)

Finanzen

Vermögenssteuer – Starke Schultern können mehr tragen!

Durch Falschmeldungen wird ein Horrorszenario geschaffen, das auf falschen Grundlagen und Voraussetzungen beruht. Die deutsche Wirtschaft, aber auch jeder einzelne Bürger, wird damit an der Nase herumgeführt. Obwohl es noch keine Beschlusslage der SPD oder der SPD-Bundestagsfraktion über Steuersätze und Bemessungsgrundlage gibt, kursieren in der Öffentlichkeit und den Medien teils wilde Spekulationen über die Auswirkungen einer Vermögensteuer.

Oft wird aus ersten informellen Papieren einer Arbeitsgruppe – öffentlich und publikumswirksam – gefolgert, dass sie nicht nur für den Einzelnen sondern für Deutschland insgesamt schädlich sei. Es ist erschreckend zu sehen, dass dadurch falsche Schlüssel gezogen werden, ohne dass die Voraussetzungen geprüft worden sind. Dabei könne dann auch so ein Unsinn herauskommen, wie „eine enorme Unternehmensbelastung, gravierender Investitionseinbruch, riesiger Arbeitsplatzabbau und der Untergang des Vaterlandes.“

Es wäre unklug, sich bereits jetzt festzulegen bevor das Bundesverfassungsgericht über die Erbschaftsteuer entschieden hat. Denn der wichtigste Punkt einer künftigen Vermögensbesteuerung ist noch völlig offen: Die Definition der Bemessungsgrundlage befindet sich derzeit in den Händen des Bundesverfassungsgericht auf Vorlage des Bundesfinanzhofes.

Klar ist, dass wir Sozialdemokraten eine Vermögensteuer wollen, denn starke Schultern können mehr an Lasten für die Gemeinschaft tragen. Aber jeder, der wissen will, mit welcher Vorsicht wir bei der Steuergesetzgebung vorgehen, soll sich unsere Erbschaftssteuergesetzgebung anschauen. Daran kann man unsere Vorschläge messen. Wenn schon das Bundesverfassungsgericht sagt, dass die Gesetzgebung der Sozialdemokraten zu einer Überprivilegierung der Unternehmen geführt habe, sei das ein klares Zeichen. Warum ist das so? Weil wir Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen als sehr wichtig ansehen. Und das gilt auch für die Zukunft.

Recht

Mietpreisbremse – Merkel verspricht – Koalition lehnt ab!

Jetzt hat sich wieder einmal bestätigt, dass die Koalition und mit ihr Frau Merkel den Wählerinnen und Wählern nur falsche Versprechungen machen. Auf dem Verbrauchertag kündigt Merkel pressewirksam eine Mietpreisbremse an. Geht es aber darum, diese Ankündigungen auch in die Tat umzusetzen und Bürgerinnen und Bürger tatsächlich vor überhöhten Mieten zu schützen, streiken sie und ihre Truppen. Unseren Änderungsantrag zur wirksamen Begrenzung von Neuvertragsmieten hat die schwarz-gelbe Mehrheit rundheraus abgelehnt. Eine verständliche Begründung steht noch aus, hat wohl aber etwas mit dem Wahlkampf zu tun. Mieten müssen in Deutschland wieder bezahlbar sein. Dafür stehen wir. Die Koalition nicht. Und wieder hat die Kanzlerin nur heiße Luft produziert.

Termine

23.06.13	**11.00 Uhr**	**SSV Eichelhardt**
	14.00 Uhr	**Seniorenresidenz Puderbach**
	17.00 Uhr	**Theater Leutesdorf**
24.06.13 - 27.06.13		*Sitzungswoche in Berlin*
27.06.13	*18.30 Uhr*	*NR-Kreiskonferenz in Hausen*
28.06.13	*15.00 Uhr*	*THW Neuwied*
	18.00 Uhr	*Junges Team, Kulturhaus Hamm*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**